



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss, Ausschuss
Schule und Weiterbildung**

Frau Jarczyk

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-25446

E-Mail: anna.jarczyk@stadt-koeln.de

Datum: 04.03.2011

Niederschrift

über die **Gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 22.02.2011, 14:05 Uhr bis 16:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Vorsitzende

Frau Gisela Manderla CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Gonca Mucuk-Edis	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Frau Marion Lüttig	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Frau Yvonne Gebauer	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol DIE LINKE

Herr Stefan Peil	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP
Frau Claudia Trappe-Nolden	DIE LINKE
Frau Renate Blum-Maurice	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU
Frau Anja Ritzen	SJD Die Falken
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Erika Weber	Sportjugend Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Koj	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Herr Wolfgang Scheiblich	Sozialdienst katholischer Männer
Herr Horst Thelen	GRÜNE

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Uckermann	Pro Köln
Frau Anna Salis	Pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hans-Josef Bauer	CDU
Herr Volker Lemken	auf Vorschlag der CDU
Frau Lieselotte Sturch	GRÜNE
Frau Ingrid Hack	SPD-Fraktion
Herr Biber Happe	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Herr Paul Spörl	(FDP) auf Vorschlag der Grünen

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region.
Herr Konrad Gilges	AK für das ausländische Kind e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Frau Monika Knepper	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Christiane Lehmann	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Herr Hans-Josef Saxler	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.

Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Wolfgang Schmidt	Diakonie Michaelshoven
Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerk e.V.
Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Herr Dr. Wolfgang Zäschke	Jugendhilfe und Schule e.V.
Frau Derya Zeyrek	agisra e.V.

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Carolin Krause

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Magna Becker	Bezirksregierung Köln als Vertreter der Schulen
Herr Georg Spitzley	Kath. Kirche
Herr Dr. Robert Wegner	Vertreter der Gesundheitsverwaltung
Herr Josef Zimmermann	Kath. Kirche

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Heinrich Spieker Seniorenvertretung

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Rolf Büschgens auf Vorschlag der CDU

Jugendhilfeausschuss

Herr Werner Völker Ev. Kirche

Die Vorsitzende der gemeinsamen Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses Schule und Weiterbildung, Frau Gisela Manderla, begrüßt zunächst die Ausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Sie weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass ein Eintrag in die vorne ausgelegte Anwesenheitsliste erforderlich ist und für jedes Ausschussmitglied ein Namensschild bereitsteht.

Da die Gemeinsame Sondersitzung zur Erleichterung der Fertigung der Niederschrift auf Band aufgezeichnet wird, bittet sie weiterhin, bei Wortbeiträgen unbedingt ein Mikrofon zu benutzen.

Die beiden Gremien stimmen der Tagesordnung einstimmig wie folgt zu:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin für die gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 22.02.2011
0174/2011
- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 2 **Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011
Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte
Bildungs- und Zukunftschancen
0252/2011**
- 2.1 Impulsreferat "Wie Schulen sich verändern - und warum"
Dr. Ernst Rösner, Institut für Schulentwicklungsforschung, Technische Universität Dortmund
- 2.2 Impulsreferat "Integrierte Fachplanung im Kontext lokaler Bildungslandschaften - Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven"
Dr. Heinz-Jürgen Stolz, Deutsches Jugendinstitut München
- 2.3 Vorstellung der Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011 durch die Verwaltung
- 2.4 Rückfragen und Diskussion
- 3 **Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin für die gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 22.02.2011

0174/2011

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung bestellt für seine gemeinsame Sondersitzung mit dem Jugendhilfeausschuss am 22.02.2011

Frau Anna Jarczyk (Jugendamt) zur Schriftführerin und

Frau Kerstin Cichon (Jugendamt) zu deren Stellvertreterin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Jugendhilfeausschuss

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bestellt für seine gemeinsame Sondersitzung mit dem Ausschuss Schule und Weiterbildung am 22.02.2011

Frau Anna Jarczyk (Jugendamt) zur Schriftführerin und

Frau Kerstin Cichon (Jugendamt) zu deren Stellvertreterin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.1 Benennung der Stimmzähler

Stimmzähler werden nicht benannt.

2 Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011 Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen

0252/2011

Frau Beigeordnete Dr. Klein begrüßt die heutigen Referenten, Herrn Dr. Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund sowie Herrn Dr. Heinz-Jürgen Stolz vom Deutschen Jugendinstitut München.

Sie drückt ihre Freude darüber aus, dass der Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan heute vorgestellt werden könne. Die Bildungsdebatte sei in Deutschland zur Zeit in vollem Gange, da der schulische Erfolg in keinem anderen Land in Europa so sehr abhängig sei von den sozialen Chancen. Die Schwerpunkte seien auf die Themen Menschen mit Migrationshintergrund, Armutsbekämpfung sowie Inklusion gelegt worden. Frau Beigeordnete Dr. Klein macht deutlich, dass der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan nicht mit dem Inklusionsplan gleichgesetzt werden dürfe, obwohl er ebenfalls die Themen Inklusion und gemeinsamer Unterricht aufgreife. Der Inklusionsplan werde den Ausschüssen im Jahr 2012 vorgestellt.

Weiterhin führt Frau Beigeordnete Dr. Klein aus, dass der vorliegende Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan in mehrfacher Hinsicht Neuland betrete. Zum Einen werden Jugendhilfe und Schule integriert betrachtet. Zum Zweiten werden Daten, Fakten, Entwicklungslinien und Vorschläge vorgelegt, mit denen im nächsten Schritt die Diskussion auf Stadtbezirksebene eröffnet werde, damit die Politik, die Experten aus den Bildungsbereichen, die Eltern und die Schüler/innen ihre Anregungen beisteuern können. Somit stelle der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan eine Orientierung dar und lade zum offenen Dialog ein.

Frau Beigeordnete Dr. Klein hebt hervor, dass die Eltern durch ihr Schulwahlverhalten Schwerpunkte setzen und der Trend zu gymnasialen Standards und zum Ganztags hingehet. Der Plan beinhalte eine qualitativ und quantitativ hochwertige Momentaufnahme sowie die Betrachtung der Vorschulbildung, des U3-Ausbaus und des Ausbaus für 3 bis 6-Jährige.

Das Thema „Weiterentwicklung der Berufskollegs“ werde zwar im Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan erwähnt, bedürfe jedoch einer weitergehenden Planung.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bedankt sich für die Unterstützung aller Beteiligten, insbesondere von Externen, die mit ihren Gastbeiträgen einen anderen und kritischen Blickwinkel auf das Thema gegeben haben. Sie bedankt sich darüber hinaus bei den beteiligten Fachämtern und ganz besonders bei der Leiterin der Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, Frau Beckmann, und ihrem Team: Herrn Pfeuffer, Herrn Hölzer, Frau Sutorius, Herrn Gringmuth-Held, Frau Jung, Frau Langenbach, Frau Zierold und Frau Przygoda.

2.1 Impulsreferat "Wie Schulen sich verändern - und warum" **Dr. Ernst Rösner, Institut für Schulentwicklungsforschung, Technische Universität Dortmund**

Herr Dr. Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund lobt zunächst den Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan der Stadt Köln.

Anhand der als Anlage 1 beigefügten Unterlagen hält er einen 20-minütigen Vortrag zum Thema „Wie Schulen sich verändern – und warum“.

Im Anschluss an die Präsentation bittet Frau Lüttig um Auskunft, warum die Berufskollegs, die in gewisser Weise zu einem Abschluss mit Gymnasialstandard führen, nicht berücksichtigt worden seien.

Herr Dr. Rösner führt aus, dass die Berufskollegs bei der Schulwahlentscheidung der Eltern nach der Grundschule keine Rolle spielen und deswegen nicht aufgeführt worden seien. Es sei aber richtig, dass die Berufskollegs eine immer stärkere Rolle bei der Erlangung des Abiturs spielen.

Herr Peil bittet um eine kurze Mitteilung zu den Förderschulen.

Daraufhin teilt Herr Dr. Rösner mit, dass man seiner Meinung nach – bis auf ein paar wenige hochspezialisierte Förderschulen in Trägerschaft des Landschaftsverbandes – keine Förderschulen brauche. Das Ministerium arbeite bereits an einem Lösungsansatz. Im Grunde genommen gebe es nur zwei Wege, diese Inklusionsvorgabe zu erfüllen. Zum Einen den Weg, den Schleswig-Holstein vorgemacht habe. Dort sei festgelegt worden, dass die Quote der Lehrer, die im Regelschulwesen unterrichten jährlich steigen müsse. In Bremen hingegen habe man den Eltern einen Rechtsanspruch eingeräumt, dass Kinder mit Förderbedarf einen Anspruch auf Unterrichtung im Regelschulwesen haben. Herr Dr. Rösner macht deutlich, dass die Aufgabe des gemeinsamen Unterrichtens nicht die alleinige Aufgabe der Grund-, Gesamt- und Gemeinschaftsschulen sein könne. Sowohl Schüler mit Förderbedarf als auch die übrigen Schüler können aus dem gemeinsamen Unterricht enorme Kompetenzgewinne davontragen.

Auf Nachfrage von Frau Blümel führt Herr Dr. Rösner aus, dass die Trends bei Kindern mit Migrationshintergrund die gleichen seien, allerdings in abgeschwächter Form vorliegen. Mit den Begriffen „Migrationshintergrund“ und „Benachteiligung im Bildungswesen“ müsse man vorsichtig umgehen. Neben dem Migrationshintergrund müsse immer auch der kulturelle und soziale Hintergrund betrachtet und beachtet werden.

Herr Uckermann teilt mit, dass man nicht nur betrachten dürfe, wie Schule sich verändert, sondern auch, wie Schule von außen verändert werde. Er bittet um Auskunft, ob es tatsächlich erstrebenswert sei, dass Alle einen Doktor-Titel erlangen.

Herr Dr. Rösner erwidert, dass selbstverständlich nicht Jeder Abitur machen, geschweige denn promovieren werde. Deutschland als Industrienation wäre jedoch gut beraten, wenn möglichst vielen Kindern die Chance gegeben würde, sich an möglichst anspruchsvollen Schulformen zu erproben. Zweifelsohne dürfen die Sanktionen für diejenigen, die die Standards nicht einhalten können, nicht bedrohlich sein. Für diese Schüler/innen müssen andere Möglichkeiten angeboten werden. Er betont, dass Bil-

dung und Schulabschlüsse ihren Wert nicht nur in ihren Verwertungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sondern auch einen enormen Eigenwert haben. Vom Bildungsstand einer Nation hängen die Kriminalitätsrate, der Gesundheitsstand, die Beteiligung an politischen Arbeiten, die Inanspruchnahme des Kulturangebots u.v.m. ab. Aufgrund dessen dürfe Bildung nicht nur unter Vermarktungsaspekten diskutiert werden.

Frau Jahn bittet um Mitteilung, wie hoch der Bedarf an der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule sei und wie dieser Bereich sich weiterentwickeln solle.

Herr Dr. Rösner erklärt, dass dies ein schwieriger Bereich sei, da die Aufgabe, eine Schnittmenge zwischen der Schulentwicklungsplanung und der Jugendhilfeplanung zu finden, immens sei. Köln habe als erste Kommune versucht, dies zu verwirklichen. Seines Erachtens sei es notwendig, spezifische Angebote so bereitzustellen, dass Engstellen gesenkt und Bildungsbeteiligung gesteigert werde.

2.2 Impulsreferat "Integrierte Fachplanung im Kontext lokaler Bildungslandschaften - Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven" **Dr. Heinz-Jürgen Stolz, Deutsches Jugendinstitut München**

Herr Dr. Heinz-Jürgen Stolz vom Deutschen Jugendinstitut München stellt sich kurz vor und hält anhand der als Anlage 2 beigefügten Unterlagen einen 20-minütigen Vortrag zum Thema „Integrierte Fachplanung im Kontext lokaler Bildungslandschaften – Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven“.

Zusätzlich führt Herr Dr. Stolz aus, dass sich die integrierte Fachplanung in Köln mindestens auf dem Stand kommunaler Praxis in Deutschland befinde. Jedoch entspreche der Stand der kommunalen Planungspraxis in Deutschland zur Zeit nicht dem aktuellen raumsoziologischen Forschungsstand.

Für ein Gelingen werden folgende Punkte benötigt:

1. ein systemisch-pädagogisches Verständnis, das Jugendhilfe und Schule integriert,
2. deutlich erhöhte Bildungsinvestitionen und
3. eine definierte gesamtkommunale Inklusionsstrategie.

Er hebt hervor, dass Köln auf jeden Fall eine Zersplitterung der Projektförderung vermeiden sollte, um erfolgreich ans Ziel zu kommen.

Herr Pannes bedankt sich für den Vortrag. Er bemerkt, dass er bei den Gelingungsbedingungen die Rolle der Lehrer in der Ausbildung, die erforderliche Umorientierung in dem Bereich sowie die Voraussetzungen, die der Elementarbereich bringen sollte, vermisse.

Herr Dr. Stolz stimmt Herrn Pannes zu, macht jedoch darauf aufmerksam, dass er lediglich Forschungsergebnisse berichtet habe. Die Ausbildung sei nicht Sache der Kommunen. Der Übergang von der Kita in die Grundschule stelle ein sehr komplexes Thema dar, das aber in den vom Deutschen Jugendinstitut zwischen 2007 und 2010 begleiteten Modellregionen im Bereich der Gestaltung lokaler Bildungslandschaften nicht in den Mittelpunkt der Beratungswünsche gestellt worden sei.

Herr Lorenz bittet als Schülervertreter um Mitteilung, wie die Schüler/innen und deren Mitarbeit im Rahmen der integrierten Fachplanung im Kontext lokaler Bildungslandschaft gesehen werden.

Herr Dr. Stolz gibt an, dass dies ein sehr schwieriges Thema sei. Zum Einen gebe es eine hohe soziale Selektivität in den repräsentativen Gremien der Schülervertretungen. Es gebe zwar Ansätze, Schüler auf Ebene der Klassenverbände an Entscheidungsprozessen mitwirken zu lassen, diese seien jedoch nicht flächendeckend. Die Aufforderung müsse an zwei Stellen gerichtet werden. Zum Einen an die Schulen, Schule demokratischer zu gestalten und zum Anderen an die Schüler/innen, sich selber mehr einzubringen und mehr mitzuarbeiten.

Frau Senol bedankt sich für die Ausführungen. Sie bittet um Auskunft, wie interkulturelle Erziehung in Schulen besser funktionieren könne und auf welche Weise Lehrer/innen mehr interkulturelle Kompetenz erlangen können.

Herr Dr. Stolz bemerkt, dass der Anteil von Erzieher/innen und Lehrkräften mit Migrationshintergrund deutlich erhöht werden müsse. Darüber hinaus sei Mehrsprachigkeit ein sehr wichtiges Thema, da nachgewiesen wurde, dass die Zweitsprache nie auf einem höheren Komplexitätsniveau gelernt werden könne als die Herkunftssprache. Da die Herkunftssprache bei Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status oft auch nicht sehr ausgeprägt sei, müssen die Kinder und Jugendlichen auch in ihrer Herkunftssprache gefördert werden, damit die Zweitsprache besser werde. Hierbei handele es sich zwar nur um kleine Bausteine, die jedoch von hoher Bedeutung seien.

2.3 Vorstellung der Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011 durch die Verwaltung

Frau Beckmann, Leiterin der Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, bedankt sich für die Anerkennung der geleisteten Arbeit. Sie bemerkt, dass der Handlungsbedarf weiterhin hoch sei. Frau Beckmann bedankt sich bei Herrn Dr. Rösner und Herrn Dr. Stolz für die Unterstützung während der Erstellung des Plans.

Frau Beckmann und Herr Pfeuffer stellen in einem 30-minütigen Vortrag die als Anlage 3 beigefügte Präsentation vor.

Anschließend bedankt Frau Beckmann sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stabsstelle für die Unterstützung und die gute Teamarbeit und macht darauf aufmerksam, dass der Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan unter www.stadt-koeln.de einsehbar sei.

Frau Manderla schlägt vor, die inhaltliche Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt in den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu verschieben, sofern es keine direkten Fragen an Frau Beckmann gebe.

Frau Lüttig erwähnt, dass der Bedarf in Nippes mit 7 bis 10 Zügen für die Sekundarstufe I sehr hoch, der Bedarf für die Sekundarstufe II hingegen mit 4 Zügen sehr gering sei. Sie bittet um Erläuterung der Diskrepanz. Darüber hinaus bittet sie um Mitteilung, ob der Inklusionsplan langfristig gesehen Teil der Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung werden solle.

Frau Beckmann erwidert, dass auch in Nippes höherwertige Abschlüsse angestrebt werden und deswegen nur Gymnasien und Gemeinschaftsschulen vorgeschlagen werden. Der Bedarf für die Sekundarstufe II sei als Mindestbedarf ausgewiesen, weil die Berechnungen nur den Entwicklungszeitraum bis 2019/20 umfassen und für die Sekundarstufe II weitere Steigerungen über diesen Zeitraum hinaus erwartet werden. Bezüglich des Inklusionsplans teilt sie mit, dass dieser selbstverständlich Bestandteil der Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung sei, jedoch entsprechende schulgesetzliche Regelungen fehlen, diesen bereits jetzt in die Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung zu integrieren. Außerdem sei der Planungsprozess unter Einbeziehung vieler Beteiligter so umfassend, dass er – entsprechend dem Ratsbeschluss – erst Mitte 2012 parallel zur Konkretisierung der anderen jugendhilfe- und schulentwicklungsplanerischen Aufgaben vorliegen könne. Langfristiges Ziel sei selbstverständlich, die Inklusionsplanung in die allgemeine Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung zu integrieren.

Herr Dr. Heinen merkt an, dass der Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan ein mächtiges Handwerkszeug darstelle, welches es möglich mache, detaillierter in die weitere Planung einzusteigen. Die Diskussionsrunde müsse und werde jedoch innerhalb der Bezirke stattfinden. Herr Dr. Heinen spricht sein Lob an die Verwaltung für die geleistete Arbeit aus.

Herr Philippi unterstreicht das Lob an die Verwaltung und nennt den Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan eine „extrem respektable Leistung“. Die bisherigen Jugendhilfe- und Schulentwicklungspläne seien Zahlenwerke gewesen, die die Entwicklungen und Tendenzen aufgezeigt haben. Der vorliegende Plan werde jedoch einer integrierten Planung gerecht, da er nicht nur die potenzielle Karriere junger Kölnerinnen und Kölner beleuchte sondern ebenfalls verschiedene Aspekte, die die Karriere beeinflussen, anspreche.

Herr Peil schließt sich dem Lob an und bemerkt, dass neben den Institutionen auch die Menschen aus den Sozialräumen – als Experten für ihr Wohnumfeld - in die Planung miteinbezogen werden sollten. In diesem Zusammenhang hebt er hervor, dass der Sozialraumbegriff in Köln nochmal diskutiert und neu definiert werden müsse. Herr Peil bringt zum Ausdruck, dass die Gebäudewirtschaft kürzlich den Auftrag erhalten habe, eine neue Förderschule zu bauen sowie eine andere zu erweitern. Diesbezüglich wirft er die Frage auf, ob es nicht mehr Sinn machen würde, die Vorhaben zu stoppen und das Geld lieber in die bestehenden Förderschulen investieren solle. Er plädiert dafür, dass die Förderschulen nicht abgeschafft werden sondern lediglich deren Ausbau gestoppt werde.

Frau Beckmann entgegnet, dass Inklusion nicht von heute auf morgen forciert werden könne. Die Verwaltung baue Förderschulen grundsätzlich nicht weiter aus, müsse jedoch auch hier auf zum Teil hohe Ausstattungsmängel und Raumbedarf reagieren. Investitionen erfolgen jedoch immer unter dem Aspekt eines langfristig inklusiv nutzbaren Standortes bzw. einer langfristigen Nutzung als allgemeine Schule.

Frau Beigeordnete Dr. Klein ergänzt, dass die Förderschulen nach dem „Standard-Raum-Programm“ gebaut oder umgebaut werden. Dies bedeute, dass die Gebäude der derzeitigen Förderschulen nach dem Neubau bzw. nach dem Umbau auch durch allgemeine Schulen genutzt werden können. Es werden keine neuen Förderschulen geplant sondern man schaffe ein Raumprogramm für alle Schülerinnen und Schüler.

Derzeit besuche jedoch noch ein Teil der Schülerinnen und Schüler Förderschulen. Bei den derzeitigen Entwicklungszahlen werde jeder Schulstandort benötigt.

Herr Pannes schließt sich dem Lob seiner Vorredner für den Plan an. Er kritisiert jedoch die Begriffe „Chancengerechtigkeit“ und „Bedarfsgerechtigkeit“. Diese seien nicht wissenschaftlich belegt und aufgrund dessen bittet er um Änderung in „Chancengleichheit“. Er kritisiert, dass die Priorisierung der Gemeinschaftsschule im Hintergrund gehalten worden sei.

Frau Riedel bittet um Auskunft, warum die Berufskollegs nicht in die Planung der Sekundarstufen II integriert worden seien. Darüber hinaus möchte sie wissen, wo die Jugendlichen geblieben seien, die sich weder in den Schulen noch in der Ausbildung wiederfinden.

Frau Beckmann antwortet, dass es in den letzten Jahren viele Planungen aus Anlass neuer Erlasse bzw. Gesetzgebungen gegeben habe. Aufgrund dessen seien unglücklicherweise keine freien Kapazitäten zur Betrachtung der Berufskollegs vorhanden gewesen. Zu Frage zwei äußert sie, es gebe seitens der Stadt Köln viele Bemühungen, die Betroffenen ausfindig zu machen und zu weiterer Schul- und Berufsausbildung zu motivieren. Sie seien jedoch nicht Bestandteil der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung.

Frau Nesseler-Komp merkt an, dass es hilfreich wäre, eine gewisse Basis an Zahlenmaterial zur Verfügung zu haben und fragt an, ob dieses dem Plan angehängt werden könne. Darüber hinaus bittet sie um Auskunft, ob man im Bereich des Ganztagsausbaus Konkretisierungen, die sich im Laufe der Zeit ergeben, kontinuierlich mit in den Plan einarbeiten könne.

Frau Beckmann sagt, dass bei der Vorstellung in den Bezirken detailliertere Daten vorgelegt werden. Zur zweiten Frage merkt sie an, dass im Rahmen der kontinuierlichen Planung Konkretisierungen durch Bedarfserhebungen erfolgen und dem Rat entsprechende Beschlussvorlagen vorgelegt werden.

Herr Uckermann hebt hervor, dass die Bezirke auf Seite 37 des Plans nicht erwähnt seien und bittet um Mitteilung, wo diese ihren Platz im Konzept finden.

Frau Beckmann versichert, dass die Bezirke sehr wohl in der Planung vertreten seien.

Frau Sturch stellt fest, dass, zusätzlich zu den zur Zeit im Ausbau befindlichen Schulen, etliche weitere Schulen ausgebaut werden müssen. Da unter Umständen neue Planungen erforderlich seien, gehe sie davon aus, dass einige Bauvorhaben zunächst gestoppt werden müssen. Aufgrund dessen bittet sie um Auskunft, wann die Schulverwaltung sich zur Vermeidung von Irritationen mit den Schulleitern in Verbindung setzen werde.

Frau Beigeordnete Dr. Klein versichert, dass die bestehenden Planungen nicht gestoppt sondern die Arbeit kontinuierlich fortgesetzt werde. Im Einzelfall erfolge eine unmittelbare Abstimmung mit der Schule.

Frau Zeyrek merkt an, dass die Krise in Nippes dadurch entstanden sei, dass trotz großer neuer Wohngebiete keine neuen bzw. ausreichenden Kindertagesstätten und Schulen gebaut worden seien. Sie bittet um Mitteilung, warum man nicht ein Konzept entwickle, nach dem es nur eine weiterführende Schule gebe, die alle Schulformen

vereine. Sofern es zukünftig lediglich Gymnasien und Gemeinschaftsschulen gebe, werde die Separation weiter geschürt.

Frau Manderla lädt Frau Zeyrek zur Klärung in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses Schule und Weiterbildung ein.

2.4 Rückfragen und Diskussion

→ s. Ausführungen zu den Tagesordnungspunkten 2, 2.1, 2.2 und 2.3

3 Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

gez.: Gisela Manderla (Vorsitzende)

ausgef.: Anna Jarczyk (Schriftführerin)